



## Weltordnung im Wanken

Welche Lehren Politiker und Völkerrechtler aus dem Terror, der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und dem Irak-Krieg ziehen Von Stefan

Ulrich



Königswinter – Kosovo-Krieg, Afghanistan-Krieg, Irak-Krieg, Völkermord, weltweiter Terror, Massenvernichtungswaffen, Schurkenstaaten und starke Männer im Weißen Haus – die Weltordnung ist in den vergangenen Jahren gründlich durchgeschüttelt worden. Spätestens seit dem Zerwürfnis des New Yorker Sicherheitsrats und Amerikas Alleingang nach Bagdad wanken zwei Säulen dieser Ordnung: die Vereinten Nationen und das Völkerrecht.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat deshalb nun einen Rat der Weisen einberufen, der die neuen Bedrohungen analysieren und Reformvorschläge erarbeiten soll. Zu den 16 Erwählten gehören der frühere Sicherheitsberater der USA, Brent Scowcroft, Russlands Ex-Premier Jewgenij Primakow und Chinas ehemaliger Außenminister Quian Quichen. Die Weisen sehen ihre Mission ganz realistisch – als „Herkulesaufgabe“.

Um den Augiasstall namens Weltgemeinschaft auszumisten, müssen Annans Männer jedoch nicht ganz von vorne anfangen. Politiker und Wissenschaftler in aller Welt leisten längst Vorarbeit. Sie machen dabei auch vor heiligen Kühen der alten Ordnung wie der Staatensouveränität und dem Gewaltverbot nicht halt. Das Völkerrecht stehe vor dem „radikalsten Umbruch seit Ende des Zweiten Weltkriegs“, prophezeite der Bonner Juraprofessor Matthias Herdegen jetzt auf einem Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Zukunft der UN und des Völkerrechts auf dem Petersberg in Königswinter. Laut Herdegen ist es an der Zeit, „die absolute Dominanz formaler Prinzipien wie der Souveränität der Staaten und das Kategorische des Gewaltverbots zu überdenken“. Die Achtung der Menschenrechte, der Schutz vor elementaren Gefahren wie dem Terror und der Umweltschutz müssten künftig gegen die Staatensouveränität abgewogen werden.

Dies klingt wie eine Generalattacke auf das klassische Völkerrecht und ist wohl auch so gemeint. Herdegen geht nämlich noch einen Schritt weiter: Versage der UN-Sicherheitsrat beim Schutz von Volksgruppen und ganzen Ländern, dann müsse die „einseitige Intervention“ von Staaten zulässig sein. Damit entfernt er sich weit von dem System, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergeschrieben steht. Und die Frage drängt sich auf: Wer soll entscheiden, ob der Sicherheitsrat versagt hat?

### Die Charta als Bibel

Auf dem Petersberg kam denn auch prompt Widerstand auf. „Die Charta ist unsere Bibel“, sagte der stellvertretende chinesische Außenminister Shen Guofang. Und der Sicherheitsrat sei die „Schlüsselplattform für Demokratie in den internationalen Beziehungen“. Ähnlich äußerte sich der chilenische Vertreter auf der Konferenz: Wer das Recht der Staaten, sich selbst zu verteidigen, über die Charta hinaus ausweite, der untergrabe das ganze internationale System. Das Gewaltverbot müsse die Grundlage der internationalen Ordnung bleiben, genauso wie der Multilateralismus.

Multilateralismus statt amerikanischer Alleingänge – auf diese Formel können sich die meisten einigen, die sich über eine Neuordnung der Weltpolitik Gedanken machen. So sprach sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zwar für humanitäre Interventionen wie im Kosovo aus; er stellte aber zugleich klar: „Die Entscheidung durch einzelne Staaten, und seien sie noch so mächtig und in ihrem Inneren rechtlich wohlgeordnet und demokratisch legitimiert, kann keine Lösung sein.“ Daher führe kein Weg an den UN vorbei. Der Völkerclub funktioniere zwar nicht immer gut, seine Einschaltung sei aber besser als „unilaterale Entscheidungen, die zum Recht des Stärkeren zu verkommen drohen, und damit zum Rückfall in archaisches Faustrecht“.

Das ließ sich als kräftige Kritik an der Bush-Regierung deuten, und diese Kritik wurde von dem CDU-Außenpolitiker Karl Lamers noch akzentuiert. Die USA seien „allein nicht in der Lage, weltweit für Stabilität zu sorgen“, sagte er. Daher gehe die Entwicklung Richtung „Multipolarität“. Auf die Dauer müssten die Staaten eine universale Rechtsordnung entwickeln. Es sei eine Illusion, zu glauben, eine stabile Weltordnung könne allein auf Herrschaft beruhen. Das zeige sich gerade im Irak. Deswegen müssten alle Staaten eine globale Rechtsordnung akzeptieren. Dabei sei es „die Aufgabe Europas, dass es auch die USA dazu bringt, sich dem allgemeinen Recht zu unterwerfen“.

Weil eine Verbesserung der UN-Strukturen, insbesondere des Sicherheitsrats, so schwierig erscheint, suchen viele Reformer das Heil im Recht. So wird gefordert, Kriterien für Interventionen zu entwickeln, damit es nicht zu willkürlichen Eingriffen in die Staatensouveränität kommt. Der Bonner Terrorismusforscher Kai Hirschmann verlangte, die Welt müsse sich auf eine gemeinsame Definition einigen, was Terrorismus sei. Terror dürfe nicht länger als Freiheitskampf legitimiert werden.

Auch sonst fehlt es nicht an guten Ideen für Reformen. So wurde auf dem Petersberg gefordert, die UN sollten sich stärker auf den Aufbau gescheiterter Staaten konzentrieren, die Armut besser bekämpfen oder eine Art „Feindstaatenklausel“ einführen, die Schurkenstaaten dem Schutz des Völkerrechts entzieht. Wenn Kofi Annan nur einen Bruchteil all der Vorschläge umzusetzen vermag, dann kann er hoch zufrieden sein. Einer ist das schon heute: „Die Vereinten Nationen bringen alle zusammen, Völker, Ideologien, Religionen und Staaten“, sagte der ugandische Politiker Kassiano Wadri auf dem Petersberg. „Trotz all ihren Schwächen sind sie ein Weltwunder.“

Außerdem in dieser Ausgabe:

[Bericht : Der Klerus legt sich quer](#)

[drucken](#) ☰

[Fenster schließen](#) ☰